

Protokoll der Haupt- und Finanzausschusssitzung Sulzbach-Rosenberg vom 29.11.2022

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben.

Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.suro.info/info.php> abrufbar.

TOP Ö 1: Versorgungssituation bei den KiGa- und Krippen Stadtgebiet

Beschlussvorschlag: Der Bericht dient zu Kenntnis. Die Verwaltung wird angewiesen, die Optionen „Weiterführung Containergruppe“ und „Aufbau eines eingruppigen Kindergartens mit Hort“ weiter zu evaluieren und möglichst beide umzusetzen. Über den Projektfortschritt und insbesondere zu den Kosten wird seitens der Verwaltung in den nächsten Sitzungen erneut berichtet.

Vorstellung von **Martin Renner** (Stv. Referatsleiter II - Finanzverwaltung):

- Aktuell sind 284 Kinder angemeldet, 90 Kinder sind nicht versorgt. Die Unterversorgung ist ein bayernweites Problem (in Augsburg beispielsweise fehlen 1500 Plätze). Nichtsdestotrotz wird versucht, dieses Problem in den Griff zu bekommen.
- Dafür bieten sich 3 Möglichkeiten an:
 - Containerlösung für die Zeit nach dem Umzug des BRK Kinderhauses Eulenland (5 Gruppen aktuell, nach Neubau 6 Gruppen – 1 Krippengruppe). Die Weiternutzung der derzeit in Rosenberg stehenden 2 Container in der Schießstätte würde eine Versorgung ermöglichen. Für die Container fallen Mietkosten von 60.000 Euro pro Jahr an. Diese Kosten würden bei Weiternutzung ebenfalls anfallen. Die KiGa-Träger winken jedoch wegen Personalmangel ab. Um die Lücken zu schließen, gäbe es zu wenige ErzieherInnen.
 - Immobilien-Umnutzung des Josefshauses durch den Eigentümer könnte zum 1.9.23 greifen. Dazu führt die Verwaltung Gespräche mit dem Eigentümer Kolping-Bildungswerk. Die geschätzten Kosten für den Umbau belaufen sich auf ca 2 Mio.
 - Die Aufnahme von Gastkindern begrenzen
- Der Stadt sind die Hände gebunden, alle Möglichkeiten müssen jedoch ausgeschöpft werden. Das sind wir den Kindern schuldig.

Patrick Fröhlich (CSU): Spricht sich für die Container-Lösung aus und bittet um weitere Gespräche mit den Trägern. Positiv sieht er die Ansätze, das Josefshaus für eine Kindertageseinrichtung zu nutzen. Die Begrenzung der Gastkinder ist kritisch. Andere Kommunen würden dann wohl auch diesen Schritt gehen. Die Folge wäre eine Entsolidarisierung zwischen den Kommunen. Die Stadt sollte das Gespräch mit weiteren Trägern wie den Kirchen suchen und größere Unternehmen ansprechen, ob sie Betriebskindergärten aufbauen könnten. Gleich, ob alleine oder gemeinsam mit anderen Unternehmen. Insgesamt sind es gute Lösungsansätze. Die Verwaltung befindet sich auf einem guten Weg, das Problem anzugehen

Michael Göth: Weißt die immer wieder vernommene Kritik, die Stadtverwaltung betreibe keine ausreichende Planung der Kita-Plätze zurück. Seit Jahren gibt es mit 140 - 160 Geburten gleichbleibende hohe Geburtenraten in der Stadt. Die Anzahl der zugelassenen Plätze ist ok. Die

zunehmende integrative Betreuung und der Einschulungskorridor sind verantwortlich dafür, dass Betreuungsplätze und Nachfrage nicht zusammenpassen. Zukünftig erwartet er noch eine größere Schwierigkeit: Die 30%-Betreuungsquote in den Krippen soll künftig erhöht werden. Immer mehr Kinder werden wegen der Arbeitstätigkeit der Eltern schneller in die Einrichtung gebracht. Besondere Herausforderung ist es, schnell nachzusteuern, insbesondere bei den Krippenplätzen. In der Schießstätte ist nur 1 Krippengruppe geplant. Die Stadt braucht wohl künftig 2-3 Krippen mehr. Container sind dabei eine Lösung. Eltern haben das Recht, die Einrichtung auch über Gemeindegrenzen frei zu wählen. Dieses „Wunsch- und Wahlrecht kennt keine Gemeindegrenzen“

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen): So schlecht schaut es gar nicht aus. 90 fehlende Plätze könnten durch die aufgezeigten kurzfristigen Lösungen auf 5 reduziert werden. Gastkinder sollen weiterhin freie Wahl haben. Frage: Wie ist die Altersstruktur der 90 Kinder?

Martin Renner: 47 Krippen-, 43 KiGa-Kinder

Joachim Bender (SPD): Die Unterversorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen ist ein bayern- bzw. bundesweites Problem. Sulzbach-Rosenberg hat mehr Ein- statt Auspendler. Ein Angebot für diese Einpendler ist wichtig, da es den Eltern die Möglichkeit gibt, ihre Kinder „mitzubringen“. Zustimmung zu den Lösungsvorschlägen Container-Gruppen und Umnutzung Josefschule. Die Container sollten angekauft werden, da diese länger genutzt werden. Dazu die Frage: Wieviel kosten die Container? Es sollen keine weiteren Außengruppen errichtet werden, der Waldkindergarten läuft gut.

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS/FDP): Gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben sich vehement verändert. Eltern sind oft gezwungen, nach einem Jahr wieder zu arbeiten. Die Plätze werden gebraucht. Renner reagiert so schnell wie möglich auf diese Veränderungen. Dabei sind die Container eine sehr gute Möglichkeit. Deshalb Bitte um Vergleich Miete-Kauf. Kolping ist eine gute Alternative, Stadt hat die Aufgabe, weiter mit Kirchlichen Trägern zu verhandeln.

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): SURO 2030 bittet die Verwaltung um eine erneute Prüfung, ob die Realisierung einer Waldkindergartengruppe (das ist keine Außengruppe) das ungelöste Betreuungsproblem nicht doch lösen könnte. In Lauterhofen wurde eine solche installiert, die Kosten beliefen sich auf 125 000 Euro. Im Vergleich zu den Kosten für die neue KITA Schießstätte ein akzeptabler Wert. Deshalb bittet SURO2030 darum, den Beschlussvorschlag um die Option Waldkindergarten zu erweitern.

Martin Renner: Aktuell gibt es 40 Waldkindergarten-Plätze

Karl Reyzl (CSU): Frage an Renner: Wie bewerten Sie das Problem des Personals? Es gäbe in den Einrichtungen Platz, jedoch kein Personal.

Martin Renner: Personaleinsatz hängt am Betreuungs-Faktor. Je höher der Faktor, desto mehr Personal erfordert ein Kind.

Michael Göth: Wir brauchen Personal auch für Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Deshalb wird sich die Personalsituation noch verschärfen. Ab 2026 gibt es einen Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung.

Sven Mörk (CSU): Als persönlich Betroffener haben ihn manche Aussagen erstaunt. „Wir erfüllen den Durchschnitt in Bayern“. Das kann nicht unser Anspruch sein. Die Verfügbarkeit eines Betreuungsplatzes am Arbeitsplatz ist ein nicht zu vernachlässigbarer Standortvorteil. Jedes unversorgte Kind ist ein Schicksal oder Rückschlag für die Familie, weil es die Beschäftigung der Eltern verhindert.

Michael Göth: Problemstellung „Bayerischer Durchschnitt“, bei Betreuung sind wir besser (Kita-Bereich nahezu 100%). Integrative (z.Bsp. Flüchtlinge) Kinder kommen während des Betreuungsjahres dazu. Diesem Problem kann man nur begegnen mit zusätzlichem Personal. Auch Einschulungskorridor schafft Probleme. Zeit vor Einführung des Korridors: Schulamt entschied über Einschulung. Mit Einführung plötzlich 23 Kinder zusätzlich. Vieles ist nicht vorhersehbar und planbar (Krieg in der Ukraine, Syrien). Heute soll die beste Lösung diskutiert und wenn möglich, auf den Weg gebracht werden.

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): Bittet nochmal darum, das Thema Waldkindergarten weiter zu verfolgen

Joachim Bender (SPD): Wehrt sich gegen den Vorwurf, gegen Waldkindergarten zu sein. Ausdrücklich betont er, dass SPD-Fraktion das Thema Waldkindergarten weiter verfolgen will.

Patrick Fröhlich (CSU) (an Herbst gewandt): Seine Rechnung stimmt nicht, da er die Integrativ-Faktoren nicht bedacht hat. Wir haben Handlungsbedarf: Wir dürfen nicht aus der Sitzung gehen mit Eitel-Sonnenschein und dem Fazit, wir hätten alles Mögliche gemacht (Container, Kolping....) Künftig wird der Betreuungsschlüssel steigen. Wir werden auch in der Zukunft noch Arbeit haben.

Stefan Thar (FWU): Waldkindergarten ist eine gute Sache. Man könnte auch im Stadtwald einen Waldkindergarten gründen. Ein Waldkindergarten ist die günstigste Lösung und die Möglichkeit soll geprüft werden

Martin Renner: Finanzieller Maßstab für die Errichtung eines Waldkindergartens ist der bestehende „Haselstrolche“. Das muss uns bewusst sein.

è Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig zur Kenntnis genommen

TOP Ö 2: Anpassung der Abwassergebühren ab 01.01.2023

Beschlussvorschlag: Nach Kenntnisnahme des Sachverhalts wird die Verwaltung beauftragt, eine Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Sulzbach-Rosenberg zu erarbeiten. In dieser sollen die neuen Gebühren i. H. v. 1,91 € / m³ für Schmutzwasser sowie 0,29 € /m² für Niederschlagswasser enthalten sein. Diese Änderungssatzung wird in der nächsten Sitzung des Stadtrates vorgelegt.

Renner: Wir sind immer noch vergleichsweise günstig. Auch deshalb, weil wir eine Sonderrücklage auflösen konnten. 200.000 Euro waren dabei zusätzlich auflösbar, dies sorgte für den aktuellen moderaten Anstieg. Die Wassereinleitung hat sich nicht geändert, nur die Kosten sind höher.

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen): Zeigt sich verwundert über die befestigte Fläche. Hat sich diese nicht verändert? 1.880.000 m³

Michael Göth: Die Fläche im Kalkulationszeitraum ist tatsächlich höher

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS/FDP): Kommen wir mit den veranschlagten Kosten über die Runden? Netz ist bekanntermaßen sehr alt und bedarf der Sanierung.

Martin Renner: Eine geringe Unterdeckung könnte auflaufen, Einkalkuliert sind ca. 1,2 Mio jährlich.

Patrick Fröhlich (CSU): Gehen wir davon aus, dass die Stadt in den Folgejahren 660.000 Euro mehr braucht oder holen wir uns die Unterdeckung zurück?

Martin Renner: Unterdeckung holen wir zurück.

Patrick Fröhlich (CSU): Macht es Sinn, den Zeitraum der Festsetzung von 4 auf 2 Jahre zu reduzieren?

Martin Renner: Ja, Verkürzung ist möglich

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): Die in der Sachdarstellung aufgezeigte Unterdeckung über die letzten 4 Jahre zeigt, dass die Kostenermittlung zu knapp kalkuliert ist. Aus unserer Sicht ist die 20%ige Erhöhung für die Instandhaltung + zusätzliche Maßnahmen nicht ausreichend – die Inflation eingerechnet. Aufgrund der momentanen finanziellen Belastung der privaten Haushalte im Bereich Energieversorgung geht SURO2030 die vorgeschlagene Erhöhung aber mit. Gleichzeitig bitten wir darum, den Stadtrat zeitnah über den Zustand des Kanalnetzes und erforderliche Sanierungsmaßnahmen zu informieren, um diese bei der nächsten Gebührenkalkulation entsprechend berücksichtigen zu können.

TOP Ö 3: Diverse Stadtratsanträge bezüglich Förderung von umweltbewussten Bauherren

TOP Ö 4: Photovoltaikanlagen in Neubaugebieten; Antrag in der 24. Sitzung des Stadtrates am 24.05.2022, TOP 14.1

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 26.09.2022, Az.: IV-6102/KK/st - PV-Anlagen in Neubaugebieten, zur Kenntnis und beschließt, dass bei künftigen Bauleitplanungen die verpflichtende Errichtung von Anlagen für solare Strahlungsenergie in der Satzung geregelt werden soll.

Patrick Fröhlich (CSU): Eigener Antrag „Förderprogramm für PV-Anlagen auf Privatgebäuden“ soll zurückgestellt werden. Gründe: „Osterpaket“ fördert; Strompreise steigen stärker als PV-Anlagen-Kosten; Jahressteuergesetz Entwurf sieht vor, bei PV-Installationen künftig 0% USt auszuweisen = nochmalige „echte“ Förderung. CSU/JU bittet darum, sich die Förderungsmöglichkeiten in 1-2 Jahren nochmal anzuschauen.

Michael Göth: Förderung & Fördergegenstand soll bei Neubaugebieten (sollte PV-Anlage verpflichtend werden) mit angedacht werden.

Peter Zahn (Umweltschutzbeauftragter): Dach-PV benötigt keine Versiegelung. Hausbesitzer zögern aber, (finanzielle Aspekte, Alter, Information/Motivation, Antragsprobleme & Baumaßnahmen). Förderung könnte Anreiz sein. In der Stadt ist das aber nicht möglich, da freiwillige Förderung durch Aufsichtsbehörde moniert werden wird. Das Wichtigste bei der Umsetzung ist eine nachdrückliche Beratung und Information. Man muss dazu auffordern, diese Anlagen zu bauen. Spricht sich für einen städtischen Klimaschutzmanager aus, der hilft, Anträge zu stellen etc. Bayerische Verfassung verpflichtet zu nachhaltigen Umgang mit Umwelt. Ein prozentualer Anteil an Energieeinsparmaßnahmen könnte für die Finanzierung des Klimaschutzmanagers verwendet werden. Balkon-KW würde er unterstützen. Gründächer sollen nicht gefördert werden, da bereits durch vergünstigte Einleitungsgebühren gefördert. Bei Zisternen bei Neubaugebieten wäre eine Förderung sinnvoll.

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS/FDP): Zieht Antrag der FDP/FWS zurück. Förderung der PV-Anlagen nicht nötig, da Förderung vorhanden. PV-Anlagen-Verpflichtung und Begrünung der Dächer bei Neubaugebieten befürwortet FDP/FWS. Balkon-KW könnte ärmeren Bürgern zugutekommen. Der Fördertopf für Balkon-KW soll gedeckelt werden

Karl-Heinz Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen): Stimmt Zahn zu. Balkon-KW würde er städtisch fördern. Mieter würden davon profitieren. 100 Euro (lt. Grünen-Antrag) wären zu machen.

Joachim Bender (SPD): Einstellung des Klimaschutzmanagers wird auf der Tagesordnung in den nächsten Hauptausschusssitzung stehen. Die SPD sieht ebenfalls keine Notwendigkeit der städtischen Förderung von PV-Anlagen, würde aber Balkon-KW fördern.

Sven Mörk (CSU): Eigene Erfahrung bezüglich Installation der eigenen PV-Anlage: Handwerksfirma war hervorragend beratend tätig. Es gibt auch Beratungsangebote aus der Privatwirtschaft bzgl. Effizienz und Nachhaltigkeit, ein städtischer Klimaschutzmanager sei deshalb nicht nötig.

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): Eine finanzielle Förderung von Investitionen, welche sich bei vernünftiger Planung und Ausgestaltung für den Betreiber rechnen, lehnen wir, gerade im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage ab. Vielmehr sollten Einwohner über Informations- und Beratungsangebote dazu animiert werden, mit bedarfsgerechten PV-Anlagen sowohl dem Klimaschutz als auch dem eigenen Geldbeutel einen Gefallen zu tun. Eine PV-Verpflichtung in Neubaugebieten erfordert auch entsprechenden Bebauungsplan.

Bettina Moser (SPD): Klimaschutzmanager soll unentschlossene oder uninformierte Leute beraten und nicht diejenigen, die sich bereits für eine PV entschieden haben.

Joachim Bender (SPD): Nicht nur bei Neubaugebieten, sondern auch bei Neubauten soll es eine Verpflichtung geben. Jedoch nur PV zur Stromgewinnung, keine Warmwasseraufbereitung

è Zu TOP 3 & TOP 4 wurde jeweils einstimmig beschlossen:

- Antrag der CSU vom 23.03.2021 soll nicht weiter verfolgt werden.
- Antrag der FWS/FDP vom 23.02.2021 soll ohne Förderung der Gründächer weiter diskutiert werden
- Antrag der SPD vom 23.03.2021 & Antrag der Grünen vom 17.12.2019 sollen weiter verfolgt und diskutiert werden

TOP Ö 5: Errichtung einer PV-Anlage auf der Kläranlage

Beschlussvorschlag: Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 21.11.2022, Az.: IV-6223/Schöpfl – PV-Anlage Kläranlage zur Kenntnis.

Herbert Feicht (Klärmeister, Leiter Klärwerk): PV-Anlagen in Ständerbauweise wird aktuell oft über das Nachklärbecken gemacht

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS/FDP): PV-Anlagen sollen dort installiert werden, wo Kläranlagenbetreiber es wünscht

Michael Göth: PV kann zur Eigenstromerzeugung gut gebraucht werden. Kläranlage ist der größte Stromverbraucher, mit PV kann der Verbrauch gesenkt werden. Plädiert für Aufnahme in die Haushaltsberatungen und daher um eine entsprechende Änderung des Beschlussvorschlages

Patrick Fröhlich (CSU): Dachtragwerk wurde 2016 errichtet, sechs Jahre danach bekommt der Stadtrat die Vorlage. Er wünschte sich, dass man sich damals schon mit PV beschäftigt hätte. Bittet darum, die Explosionsgefahr zu prüfen und um weitere Beratung im kommenden Haushalt.

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): Eine Umsetzung soll ausschließlich auf den bereits statisch geprüften Dächern erfolgen und nicht auf Freiflächen.

è Kenntnisnahme und Befassung in Rahmen der Haushaltsberatungen 2023

TOP Ö 6: Erstellung eines Hitzeschutzaktionsplans

Beschlussvorschlag: Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 21.11.2022, Az.: IV-6323/Schö/pil – Hitzeschutzaktionsplan zur Kenntnis.

Bettina Moser (SPD): Antrag wurde missverstanden, es wurden keine baulichen, sondern organisatorische Maßnahmen angeregt.

Peter Zahn (Umweltschutzbeauftragter): Klimawandel macht sich mit steigenden Temperaturen bemerkbar. 7000 Tote im Jahr 2003. Folgen werden dramatischer. Prävention zum Schutz der Bevölkerung (Krankenhaus, Altenheim, Schulen, Kindergärten). Langfristige Maßnahmen in der Vorlage sind mit Problemen behaftet. Finanziell nicht einfach und recht behäbig umsetzbar. Er warnt vor einer Verschleppung über einen externen Gutachter ähnlich dem Vorgehen beim Radverkehr. Alle Maßnahmen, Schaffung von Grünflächen z.B. wären schnell und einzeln umzusetzen. Diese Maßnahmen, welche er bereits in der Vergangenheit angeregt habe, sollten angegangen werden.

Michael Göth: Warnsystem, kühle Plätze und Trinkwasser sollten im Vordergrund stehen. Nürnberg hat dies kürzlich beschlossen und dazu eine Koordinierungsstelle geschaffen.

Patrick Fröhlich (CSU): Kritisiert Zahn für seine Anmerkung, dass man ein Verschleppen über einen externen Gutachter oder Planungsbüro ähnlich wie beim Radverkehr verhindern soll. Er bittet ihn, sich künftig auf seine Rolle als Sachverständiger zu beschränken und politische Aussagen zu unterlassen.

Joachim Bender (SPD): Befürwortet auch schnell umzusetzende „bauliche“ bzw. pflanzliche Maßnahmen (Platanen vor dem Literaturarchiv). Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit stellt auch eine Toolbox zur Verfügung

è Einstimmig zur Kenntnis genommen

TOP Ö 7: Kostendarstellung Knorr von Rosenroth-Festspiele und Altstadtfest

Beschlussvorschlag: Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen des Kulturamtes zur Kenntnis.

Patrick Fröhlich (CSU): Kritisiert die Aufnahme „Haushaltsstelle Veranstaltungen der Kulturwerkstatt“ als kostenmindernder Posten. Dadurch werden die tatsächlichen Kosten der Veranstaltungen nicht realistisch dargestellt.

è Einstimmig zur Kenntnis genommen